Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft

Herausgegeben von

Dr. Arno Mohr

Bisher erschienene Werke:

Lehmkuhl, Theorien Internationaler Politik

Lietzmann · Bleek, Politikwissenschaften – Geschichte und Entwicklung

Politikwissenschaft

Geschichte und Entwicklung in Deutschland und Europa

Herausgegeben
von
Hans J. Lietzmann
Wilhelm Bleek

R. Oldenbourg Verlag München Wien

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Politikwissenschaft : Geschichte und Entwicklung in Deutschland und Europa / hrsg. von Hans J. Lietzmann ; Wilhelm Bleek. - München ; Wien : Oldenbourg, 1996
(Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft)
ISBN 3-486-23860-4
NE: Lietzmann, Hans J. [Hrsg.]

© 1996 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-23860-4

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 5

Kapitel I: Zur Wissenschaftsgeschichte der Politikwissenschaft. 7

1. Epochen der wissenschaftlichen Politik 7
(Hans Maier)

2. Aspekte der Wissenschaftsgeschichte der Politikwissenschaft 21
(Wilhelm Bleek)

Kapitel II: Politikwissenschaft in Deutschland. 38

1. Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 38
Entwicklung, Stand und Perspektiven
(Hans J. Lietzmann)

2. Zur Generationenfolge in der westdeutschen Politikwissenschaft 77
(Thomas Noetzel/Hans Karl Rupp)

3. In der Deutschen Demokratischen Republik: Gesellschafts 99
wissenschaft als politische Wissenschaft
(Dieter Koop)

Kapitel III: Politikwissenschaft in West- und Südeuropa. 132

1. Die Politikwissenschaft in Österreich 132
(Anton Pelinka)

2. Entwicklungen der Politikwissenschaft in der Schweiz 145
(Wolf Linder)

3. Entstehung und Entwicklung der politikwissenschaftlichen Lehre 171
an den französischen Universitäten. Zwischen Marginalität und
Autonomie
(Werner Zettelmeier)

4. Nationale Eliten-Bildung und Ausbildung politisch-administrativer 191
Führungskräfte. Zum Modell der Sciences Politiques in Frankreich
(Hans Manfred Bock)

5. Die Entwicklung der britischen Politikwissenschaft. Zwischen Tradition und Professionalisierung (André Kaiser) 219

6. Entwicklungslinien der Politikwissenschaft in Spanien (Hans-Jürgen Puhle) 240

7. Politikwissenschaft in Italien - Tradition und Empirismus (Leonardo Morlino) . 270

8. Das Fach der Politikwissenschaft in der Türkei - ein Überblick (Ersin Kalaycioglu) 293

Kapitel IV: Politikwissenschaft in Osteuropa. 314

1. Politikwissenschaft in Ungarn. Die Institutionalisierung einer "Demokratiewissenschaft" (Máté Szabó) 314

2. Politikwissenschaft in Slowenien (Adolf Bibic) 341

3. Politikwissenschaft in Rußland (Assen Ignatow) 364

Sachverzeichnis 385

Autorenverzeichnis 386

Vorwort

Die Politikwissenschaft sucht ihre Geschichte.
Sie tut dies in Deutschland erst seit neuestem; und doch scheinen die Resultate ihrer Suche nach Geschichte sie selbst am meisten zu verblüffen: Sie hat eine! Obwohl in ihrem deutschen Selbstverständnis eher traditionslos betrieben, findet sie - je näher sie hinschaut, umso deutlichere Anknüpfungspunkte an die eigene Fachgeschichte. *Daß* sie hinschaut, ist freilich das eigentlich Neue.

Die zweite Überraschung bleibt nicht aus: Die Politikwissenschaft hat sogar mehrere "Geschichten". Die Anknüpfungspunkte der Nachgeborenen sind zahlreich und unterschiedlich. Was zunächst als relativ homogener und kollegial abgestimmter Fachhintergrund erschien, erweist sich als vielfältig und differenziert. Der Blick in die Fachgeschichte schärft denn auch das Unterscheidungsvermögen in bezug auf das Zeitgenössische. Er verleiht den "ethnologischen" Blick auf das eigene Fach; und er ermöglicht die Distanznahme gegenüber den eigenen Selbstverständlichkeiten; diese erscheinen vertraut und fremd zugleich. Die "Normalität" einer auf die eigene Routine konzentrierten splendid isolation erweitert sich zur Wahrnehmung einer lange zurückreichenden und weit aufgefächerten Pluralität der Politikwissenschaft. Die Orientierung an *der* Politikwissenschaft verfehlt die Realität; die Einordnung, die "Hegung" der Politikwissenschaft in einem überschaubaren "set" von "Schulen", greift sichtbar zu kurz. An die Stelle aller Hilfskonstruktionen tritt die Normalität professionaler Vielfalt. Ursache und Folge dieser neuen Normalität: Jeder politikwissenschaftliche Ansatz ist gesondert begründungspflichtig; kaum eine Frage, erst recht keine Antwort ist an sich und von vorneherein plausibler als eine andere.

Die Herausgeber haben daher vor kurzem - mit hilfreichen KollegInnen - in der "Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft" (DVPW) einen Arbeitskreis zur "Geschichte der Politikwissenschaft und der politischen Theorie" ins Leben gerufen; und die große Resonanz, die wir damit fanden, bestätigt den Eindruck eines Bedürfnisses nach Selbstvergewisserung und Orientierung. Von dem Arbeitskreis liegt nun ein erster Band mit Studien zur Geschichte und den unterschiedlichen Entwicklungsverläufen der Politikwissenschaft in Europa vor.

Längst nämlich lohnen auch die Verläufe der nationalen europäischen Politikwissenschaften den Vergleich. Oft unterschiedlich in ihren Ausgangsbedingungen, meist ähnlich in den Herausforderungen, vor die sie die Realität der industriellen Moderne stellt; fast immer überfrachtet mit spezifischen Aufgaben, wie sie aus den unterschiedlichen Entwicklungen der sich politisierenden Gesellschaften erwachsen sind: sei dies die Entwicklung und Lehre säkularisierter Herrschaftstechniken für die Regierung (wie z.B. in der Türkei); sei dies die Forcierung einer (neuen) politischen Bildung (so in signifikanter Parallelität in den postdikatatorischen Nachkriegsgesellschaften Westdeutschlands und Italiens); sei dies eine möglichst wenig ideologische, dafür realitätsgesättigte Darstellung des politischen Handlungsrahmens für die politische Modernisierung (wie z.B. in Rußland); sei es die Schaffung einer theoretischen Bühne für die praktisch-politische Klasse selbst (wie ansatzweise in Ungarn).

Zu diesen und vielen anderen je eigenen Konstellationen sind in dem vorliegenden Band Beiträge versammelt, die dabei eines gleichbleibend aufzeigen: Daß selten ein Konzept alleine sich in der vorgesehenen Weise sich durchsetzen ließ. Daß immer die Querverläufe und die konkurrierenden Traditionslinien und Strategien sich *auch* durchsetzten. Daß zwar nachvollziehbar wird, weshalb die nationalen Politikwissenschaften die ihnen eigene Form und keine andere annahmen. Daß aber auch - so ließe sich zusammenfassen - die Entwicklung der Politikwissenschaft in den nationalen Kontexten immer auch eine ganz andere hätte sein können.

Dies ist eine Lehre aus der Lektüre der einzelnen Länderstudien des vorliegenden Bandes, - und vielleicht nicht die geringste in einem Land und einer Profession, die gerade im Wege einer von Selbstzweifeln nur wenig irritierten "Landnahme" die Politikwissenschaft, "wie-sie-im-Westen-nun-einmal-war", in zahlreichen Universitäten Ostdeutschlands neu installierte.

So informiert der Band jeden interessierten Leser, Studierende wie Wissenschaftler, in der beruflichen oder schulischen Bildung Engagierte, über Sein und Werden, Stand und Entwicklung der Politikwissenschaft in den meisten europäischen Kontexten. In der Darstellung von deren Entwicklungspfaden liegt immer die Aufforderung zum Vergleich und zur Relativierung des anderen / eigenen.

So wie die europäischen Gesellschaften und Regierungen sich aufeinander zubewegen (was sie auch dort tun, wo dies zur Manifestation größter Dissonanzen führt), so tun dies unaufhaltsam auch die nationalen Politikwissenschaften in Europa. Sie sollen wissen, was sie erwartet.

Kapitel I: Zur Wissenschaftsgeschichte der Politikwissenschaft.

Hans Maier

Epochen der wissenschaftlichen Politik

Seit wann ist Politik wissenschaftlich untersucht worden? Die Antwort fällt verschieden aus je nachdem, ob man an die moderne Disziplin der Politikwissenschaft und ihr verfeinertes Instrumentarium denkt oder an die uralte Bemühung der Menschen, politische Erscheinungen mit Mitteln der Analyse oder des Vergleichs theoretisch zu durchdringen und systematisch zu ordnen. Im ersten Sinn ist politische Forschung eine sehr junge Disziplin, die sich im wesentlichen erst im 20. Jahrhundert entfaltet hat; im zweiten Sinn ist sie eine der ältesten Wissenschaften, die bis ins Altertum zurückgeht. Daß beide Betrachtungsweisen etwas Richtiges treffen, daß also politische Forschung nicht erst mit der modernen Demokratie beginnt, obwohl sie erst in dieser Zeit ein systematisches, auf Dauer gestelltes Unternehmen wird - das sollen die folgenden Überlegungen zeigen.

I. Untersuchungen politischer Einrichtungen fremder Völker und Vergleiche mit eigenen Institutionen - aus historischer Neugier oder politischer Absicht erwachsen - finden sich schon in frühester geschichtlicher Zeit. So enthalten die biblischen Bücher des Alten Testaments, das frühgriechische Epos, die jonische, in ähnliche Schriften eine Herodot gipfelnde Geschichtsschreibung und ähnliche Schriften eine Fülle von Material über Völker und Staaten des östlichen Mittelmeerraumes; und die reichgegliederte Welt der griechischen und kleinasiatischen Städte bot sich zum vergleichenden Studium politischer Lebens- und Verfassungsformen geradezu an. Doch bleiben diese Schriften noch im Anekdotischen und Erzählerischen, sie entwickeln noch keine Theorie der Politik. Eine formulierte, "rationale Ordnungswissenschaft" (E. Voegelin) der Politik ist erst mit der griechischen Polis der Hoch- und Spätzeit und ihrer Selbsterhellung in der klassischen Philosophie entstanden. Sie hat ihren

maßgebenden Ausdruck bei Platon und Aristoteles gefunden und ist von da in mannigfachen Abwandlungen den Römern, dem Mittelalter und der Neuzeit vermittelt worden.

In der Krise der Polis und nach dem Peloponnesischen Krieg (431-404), die sich am Regime der Dreißig und der restaurierten Demokratie als unüberwindliche Krankheit enthüllt, entwickelt Platon (427-347) - in Auseinandersetzung mit den Machtlehren der Sophisten - eine radikale Kritik der herrschenden politischen Gesinnung, die die Ursachen der Zerrüttung und Ordnungslosigkeit in einer falschen Auffassung von Mensch und Gesellschaft aufdeckt. Gegenüber der Befangenheit in Machtpolitik und egozentrischer Selbstbehauptung fordert er ein grundsätzliches Umdenken des Menschen, seine Öffnung gegenüber der in den Ideen auffindbaren Ordnung des Seins und seine Zuwendung zum "Wissen des Guten". Die wahre Aufgabe der Politik liegt nicht in gesetzgeberischer und institutioneller Technik, sondern in der "Sorge um die Seele". In seiner *Politeia* ist das Bild des Staates, der ein Abbild der Seele ist, paradigmatisch in allen Einzelheiten entworfen, bis in die Parallelität von Seelenvermögen und staatlichen Ständen (Erwerbstätige, Weise, Krieger) hinein und bis zum rationalistischen Aufbau der Arbeitswelt und der eugenischen Fortpflanzungs- und Zuchtordnung. Gegenüber dieser utopischen Konstruktion, deren Realisierung an das Paradox des Philosophenkönigs gebunden bleibt, nähern sich die späteren Werke *(Politikos, Nomoi)* der Wirklichkeit der geschichtlichen Staaten und ihrer Sachstruktur durch eine Fülle rechtlich-institutioneller Bestimmungen an.

Auch bei Aristoteles (384-322) vereinigen sich Ethik und Politik wenngleich in schärferer individuierter Form - zu einer der praktischen Philosophie eingeordneten "Wissenschaft vom Menschen" *(Eth. Nic. I, 5)*, die auch als "politische Wissenschaft" bezeichnet wird. Indem die aristotelische Ethik nach dem Glück (eudaimonia) als höchstem Gut des Menschen fragt und dieses Gut im Unterschied zur theologischen Ethik Platons nicht als unmittelbare "Teilhabe des Guten", sondern als tätige Verwirklichung (praxis) menschlichen Lebens im Werk versteht, rückt die Politik in ein Ergänzungsverhältnis zum ethischen Streben des Einzelnen nach Selbstzwecklichkeit und Selbstvollendung: Nur in der Polis kann der Mensch, der als isolierter Einzelner nicht zu seiner Menschlichkeit käme, als Mensch leben und sich verwirklichen. (Dies ist der Sinn des Satzes vom Menschen als physei zoon politikon.) Da sich das Politische aber nur im je Einzelnen, geschichtlich Besonderen verwirklicht, geht Aristoteles in seiner Politik nicht vom "besten Staat" aus, sondern knüpft in einer lebensvollen und differenzierten Typenlehre an die bestehenden Verfassungen an. Nach der Überlieferung hat er 158 Politeiai,

von denen nur der *Staat der Athener* erhalten ist, von seinen Schülern sammeln lassen als Vergleichsmaterial für seine *Politik.* Diese baut allenthalben, die idealistische Konstruktion des platonischen Staats vermeidend, auf Beobachtung, Vergleich, Untersuchung des Vorhandenen auf. Von ihren Lehrstükken haben die Staatsformenlehre und die zugehörige Lehre von den staseis (Veränderungen) mit ihrer Unterscheidung von Monarchie, Aristokratie und Politie (= gemäßigter Demokratie) und den Entartungsformen Tyrannis, Oligarchie, (radikale) Demokratie, sowie die Lehre vom Innehalten der richtigen Mitte beim Aufbau des Gemeinwesens (Vermeidung zu großen Reichtums und zu großer Armut, Schaffung eines starken Mittelstandes) in der Folgezeit die größte Wirkung geübt.

Mit Polybius (um 201-120) und Cicero (104-43) beginnt sich das vom Boden der entmachteten Poliskultur losgelöste griechische Staatsdenken mit der römischen Staatspraxis zu verflechten. Polybius bringt die schon bei Platon vorhandene, von Aristoteles in den Mittelpunkt gestellte Lehre von den *gemischten Verfassungen* in schulmäßige Form, indem er die aus monarchischen, aristokratischen und demokratischen Elementen zusammengesetzte Verfassung als 'beste Verfassung' und als Rettung aus dem - sonst unentrinnbaren - Kreislauf der Staatsformen begreifen lehrt. Reales Vorbild dieser Theorie ist die römische Republik mit ihrer Verschmelzung monarchischer (Konsulat), aristokratischer (Senat) und demokratischer (Volksversammlung) Elemente. Bei Cicero, in dessen Werk sich Einflüsse der platonisch-aristotelischen Tradition mit denen hellenistischer Systeme (Stoa, Epikur) überkreuzen, wird der gesamte Bestand des griechischen Denkens in eklektischer Auswahl - in die Erfahrungswelt römischer Politik und Staatsauffassung eingeholt. Platonisch ist der Aufbau des Staates aus der Idee der Gerechtigkeit und der Gedanke der Erziehung des Menschen *(De republica),* doch wird aus der Offenheit zur Transzendenz stoische Selbstentäußerung und ein römisches Pflichtethos *(De officiis);* höchstes Ziel des Lebens ist nicht mehr die philosophische Schau der Idee, sondern die Verwirklichung der Gemeinschaft in der römischen, Unsterblichkeit verleihenden res publica *(somnium Scipionis).*

In der frühchristlichen Tradition wird dann der immanente Zusammenhang von Ethik und Politik, der das antike Denken auszeichnet, zunächst gelockert. Das Christentum nimmt die spätantike Erfahrung eines apolitischen, der puren Einzelexistenz zugänglichen Glückszustands auf und steigert sie zum Gedanken religiöser Autarkie des Christenlebens inmitten einer bösen, unrettbar den Dämonen verfallenen Welt. Damit wird die ökonomische und politische Sphäre zu einem bloßen Durchgangsort ohne konstitutive Bedeutung

für die strebende Bewegung der Seele, zu einem zufällig-geschichtlichen Milieu der Tugendübung, an dem sich allenfalls die überwindende Kraft christlichen Lebens in der Welt bewähren mag. In Augustins (354-430) Lehre von den 'beiden Bürgerschaften' *(De civitate Dei),* die gegen die sakrale Identifizierung von Kult und Politik im römischen Staat gerichtet ist, sind Kirche und politische Welt nur äußerlich in der vita socialis sanctorum, der irdischen Pilgerexistenz der Christen, verbunden; deren transitorischer Charakter schließt jedoch jede institutionelle Verfestigung und jede Verdichtung des politischen Denkens zu einer Theorie von Staat und politischer Ordnung aus. Dementsprechend geht die Ethik der Kirchenväterzeit und des frühen Mittelalters in theoretischer Metaphysik und Theologie auf, ohne eine selbständige Moralphilosophie oder -theologie zu entwickeln; die politische Theorie kleidet sich in dieser Zeit fast durchweg in die Form der Fürstenspiegel, deren Genus über Isidor von Sevilla auf Augustins Porträt des gerechten Herrschers in *De civi tate Dei* zurückgeht.

Erst im 12. und 13. Jahrhundert setzt mit der Wiederentdeckung der aristotelischen Schriften ein neuer Aufschwung der ethischen Disziplinen ein, der auch der Politik zugute kommt. Mit ihrer Lehre von der fundamentalen Bedeutung des ökonomisch-politischen Lebensbereichs für die christliche Existenz nähert sich die Scholastik erneut dem antiken politischen Denken. So ist für Thomas von Aquin (um 1224-1275) die aristotelische Erkenntnis von der Sozialnatur des Menschen wie auch die Auffassung der Politik als "höchster praktischer Wissenschaft" verbindlich: das Leben in der Gesellschaft ist nötig "ad exercitium perfectionis"; der Staat hat die Aufgabe, durch geeignete Vorkehrungen dafür zu sorgen, daß die geistige und sittliche Vervollkommnung des Menschen erreicht werden kann, und besitzt hierin eine eigene, von der Kirche unabhängige Würde und Autorität. Da die Staatsgewalt im göttlichen Gesetz begründet ist, ist der Einzelne ihr zu Gehorsam verpflichtet; diese Pflicht erlischt nur, wenn die Macht des Herrschers auf Usurpation beruht oder wenn er Unrechtes gebietet (Widerstandsrecht). Als Verfassungstheoretiker ist Thomas von Aquin ein Anhänger der gemischten Regierungsformen, da sie den Herrscher an die Mitwirkung von Rat und Volk binden. Hier klingt einerseits der Gedanke der Volkssouveränität an, wie er sich im späteren Mittelalter bei Marsilius und in der konziliaren Theorie entfaltet, anderseits nähert sich Thomas von Aquin mit seiner Lehre vom positiven Recht, das durch allgemeine Vereinbarung begründet wird, der Idee des Gesellschaftsvertrags, die in der Spätscholastik (Suarez) erstmals formuliert wird und in der neuzeitlichen Staatstheorie ihren Siegeszug antritt.

Mit der Rezeption der aristotelischen Schriften und der Übernahme des peripatetischen Wissenschaftssystems erhält die Lehre der Politik an den europäischen Universitäten seit dem 13. Jahrhundert ihre feste Form: sie wird den Studenten im Rahmen der allgemeinen philosophischen Vorbildung in der Artistenfakultät an Hand der Schriften des Aristoteles, Ciceros, Augustins und später der Scholastiker vermittelt. Seit dem 16. Jahrhundert verselbständigt sich dann der ethisch-politische Unterricht in Form fester Lehrstühle (professiones Ethices vel Politices), die ergänzend neben die theoretisch-philosophischen treten. Diese Lehrtradition bildet im Abendland bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts den festen Rahmen wissenschaftlichen Umgangs mit der Politik. Noch die modernen Bewegungen des Naturrechts und Völkerrechts, die Souveränitätslehre Bodins und die ältere kameralistische Wirtschafts- und Verwaltungslehre, ordnen sich ihm ein.

II. Soweit die erste Epoche wissenschaftlichen Umgangs mit der Politik. Blickt man zurück, so sind es zwei Züge, die sich in Jahrhunderten unverändert durchhalten: Einmal fragt die Wissenschaft unmittelbar, ja zeitweise ganz ausschließlich nach den *Zielen* des Politischen, wobei Politik und Ethik ineinandergreifen; zum andern kümmert sie sich nur mittelbar und mit sehr viel schwächerem Interesse um die konkreten *Erscheinungsformen* der Politik. Sie fragt in erster Linie nach dem Telos der Politik und erst in zweiter nach der Phänomenologie. Wozu dient Politik - dies will sie wissen; die Frage dagegen, wie Politik gemacht wird, wer daran teil hat, wie die Modalitäten der Machtübung aussehen, interessiert sie kaum. Es ist ein Kennzeichen der neuzeitlichen Entwicklung, daß sich dieses Verhältnis jetzt umzukehren beginnt: vor die Frage nach dem Wozu schiebt sich, immer beherrschender, die nach dem Wie der Politik.

Dies ändert sich mit den modernen Strömungen politischer Theorie und Praxis, die seit dem 16. Jahrhundert der aristotelisch-scholastischen Politik die Alleinherrschaft streitig machen. Mit ihnen beginnt die neue, die zweite Epoche wissenschaftlicher Politik. Sie entfaltet sich vor allem in zwei Richtungen. Auf der einen Seite entsteht eine die ältere Einheit von Politik und Ethik auflösende Machtlehre des Politischen, wie sie klassisch bei Machiavelli formuliert wird und als Element "wertfreier realistischer" Betrachtung die gesamte moderne Politikwissenschaft durchdringt. Auf der andern Seite entwickelt sich eine Lehre vom Staat in seiner modernen Gestalt als "Herrschaftsapparat" - unter Einengung, ja Preisgabe seines älteren Verständnisses als politisches Gemeinwesen (populus sive res publica).

Zwischen diesen beiden Strömungen der auf praktisches Handeln beschränkten Politik im neueren Sinn (Staatsklugheitslehre) und der deskriptiven Staatslehre (Statistik) behauptet die traditionelle Politik zwar noch lange ihren Platz als umfassende Disziplin von Mensch, Gesellschaft und politischer Ordnung. Sie wird jedoch vom 16. Jahrhundert an immer stärker auf das Gebiet des Juristischen abgedrängt (Naturrechts- und Staatsvertragslehren): einmal auf Grund der Kampfstellung gegenüber dem Absolutismus, sodann wegen der mit dem modernen Wissenschaftsbegriff (Bacon, Descartes) einhergehenden Verschiebung der Fragen vom Telos des Staates zur Begründung und Rechtfertigung seiner Herrschaft.

Machiavellis Politik *(Il Principe* und *Discorsi,* 1513-1515), nicht zufällig auf dem Boden des politisch zerrissenen spätmittelalterlichen Italien erwachsen, ist ein Ausdruck weit fortgeschrittener staatlicher Desintegration: sie verabsolutiert den Selbstbehauptungstrieb isolierter politischer Organismen, die sich, geführt von herrischen Gewaltnaturen, in ständig schwankenden Koalitionsverhältnissen mit List, Brutalität und Verrat zu behaupten suchen. Politik schrumpft hier zum technischen Utensil der Machtbehauptung; das Ziel des Wirkens im Staat liegt nicht mehr in der Eudämonie des Bürgers oder in christlicher Tugendübung, sondern im herrischen Selbstgenuß männlicher "virtu". In den zahlreichen und klugen, mehr leidenden als zynischen Anmerkungen Machiavellis zur Pathologie des politischen Lebens erscheint keine gänzlich neue Sicht des Politischen: neu ist aber die Isolierung der - auch in der älteren Politik stets gesehenen Kampfseite des Politischen und die sich anbahnende Verbindung mit dem Nationalstaatsgedanken. Trotz der überwiegenden Ablehnung der Gedanken Machiavellis (in Deutschland bis zu Kant!) ist keine moderne Staatslehre von dieser Naturbetrachtung des Politischen unberührt geblieben. Am stärksten wirkt sie nach im neustoischen Humanismus und in der Literatur der Staatsräson und der Arcana Imperii (16.-18. Jhdt.). Aber auch die moderne machtstaatliche Historie des 19. Jahrhunderts und die soziologische Auffassung der Politik im Kampf um Machterwerb und Machtbehauptung (M. Weber) als Wissenschaft "Who Gets What, When, How" (H. Lasswell) sind ohne Machiavellis reduzierende Methode, ohne sein anatomisches Präparieren der Machtstrukturen des Politischen nicht zu denken.

Stärker an der konkreten Erscheinung des modernen Staates haftend und weniger am Machtkampf als am Institutionellen (Verwaltung, Regierung) orientiert, hat die moderne, vom Gedanken der Souveränität ausgehende Staatslehre der europäischen Staaten des 16. und 17. Jahrhunderts eine vielleicht noch breitere Wirkung geübt als die Politik Machiavellis. Mit dem

noch tief in mittelalterlichem Denken wurzelnden Jean Bodin *(six livres de la Republique* 1576) zieht sie die Summe aus dem mittelalterlichen Kampf der Universalgewalten und aus dem Aufstieg der Nationalstaaten, indem sie eine höchste, alle anderen (zumindest nach innen) ausschließende Staatsgewalt (summa in cives ac subditos legibus absoluta potestas) proklamiert. Bei dem Engländer Thomas Hobbes *(De Cive* 1642, *Leviathan* 1651) wird diese Souveränität dann unter dem Druck der durch Glaubensspaltung und Religionskämpfe verursachten Bürgerkriegssituation zur schrankenlosen Ermächtigung des zum Leviathan gewordenen Staates: dieser steigt als Zwangsschlichter der streitenden Bekenntnisse und Herr über die Gewissen zum obersten Ordner des Gesellschaftslebens auf und wird zum "sterblichen Gott". In den so geschaffenen Rahmen eines von Gehorsamspflicht, Beamtenethos und sittlicher Pflichtbindung des Herrschers bestimmten Absolutismus fügen sich dann vom 17. Jahrhundert an die modernen Regierungs- und Verwaltungslehren ein. In Spanien und Frankreich stärker nach der Seite des (jetzt verselbständigten und vom gemeinen Recht getrennten) öffentlichen Rechts hinneigend, in den deutschen Territorialstaaten mehr nach der Seite der Staatswirtschaftslehre (Kameralismus und Polizeiwissenschaft), begleiten diese Wissenschaften in immer reicherer Verzweigung die Entwicklung des modernen Staates von der ständestaatlichen Pluralität zur monopolistisch geschlossenen Betriebsform des Absolutismus. In der Verselbständigung des Staates gegenüber dem politischen Gemeinwesen und des Staatsrechts gegenüber dem gemeinen Recht erwächst hier eine spezifisch kontinentale Sondertradition politischer Lehre und Praxis, ein "Denken aus dem Staat" heraus (A. Müller-Armack), das zur offenen Distanz, zum Messen des Staates an einer über ihm stehenden Ordnung ebenso unfähig ist, wie es sich zur langsambedächtigen Reform des Bestehenden in hohem Maße eignet.

Die ältere politische Wissenschaft ist mit diesen Strömungen teils Verbindungen eingegangen (vor allem in Deutschland im Kameralismus und in der "Gesamten Staatswissenschaft" des 18./19. Jahrhunderts), teils hat sie sich - vor allem in den Niederlanden und in England - weiterentwickelt zur naturrechtlichen Vertragstheorie und zur Lehre vom Verfassungsstaat. Vorbereitet ist diese Entwicklung in der spanischen und niederländischen Natur- und Völkerrechtslehre des 16. Jahrhunderts (Vitoria, Grotius), die im Zeitalter der Kolonisierung und der Glaubensspaltung nach einem gemeinsamen Rechtsboden zwischen Christen und Heiden und zwischen den verfeindeten Konfessionen suchte. Sie bot dem überlieferten politischen Denken zahlreiche Ansatzpunkte, wie sich an den naturrechtlichen Politiken von Althusius *(Politica methodice digesta* 1606) und Pufendorf *(De officio hominis et civis*

1673) und an der institutionellen Verbindung des Naturrechts mit den Lehrstühlen für Ethik und Politik erweist. Gegenüber dem zu immer strafferer Gewaltkonzentration fortschreitenden modernen Staat bringt diese Lehre zwei wichtige Elemente der Tradition ins Spiel: das Widerstandsrecht und die Auffassung der Herrschaft als einer zweiseitigen Pflichtbindung von Herrscher und Untertanen. In England (und später den USA) hat die Lehre von der Vertragsnatur des Herrschaftsrechts mit John Lockes Two *Treatises of Government* (1690) in Verbindung mit der Forderung nach Toleranz den älteren patriarchalisch-theokratischen Herrschaftsgedanken überwunden und der Idee des modernen, auf freier Zustimmung und Beteiligung beruhenden und die Gewissensfreiheit respektierenden *civil government* die Bahn gebrochen. In rationalisierter Form begegnet die gleiche Staatsauffassung in Montesquieus monumentalem *Esprit* de Lois (1748), der das absolute Königtum an eine aus der Natur der Sache fließende Ratio der Gesetze zurückbinden will, während Rousseaus von abstraktem Freiheitspathos getragene Radikalisierung der Vertragslehre *(Du contrat social, 1762)* deutlich paraabsolutistische Züge trägt und Kants Anpassung des Vertragsgedankens an die Tradition des deutschen Beamtenstaates vom Staat nur geistige Autonomie des Individuums, nicht das Recht politischer Mitgestaltung fordert.

Mit der Verwirklichung des modernen Rechts- und Verfassungsstaates im 18. und 19. Jahrhundert ist die gestaltende Kraft der europäischen politischen Wissenschaft zunächst erschöpft. Trotz einzelner bedeutender Gestalten (Burke, Tocqueville, Quetelet, Mill) fällt sie in England und Frankreich im 19. Jahrhundert zunehmendem Akademismus anheim. Eine Spätblüte bilden die auf dem Boden der politischen Spezialwissenschaften erwachsenen Politiken des deutschen 19. Jahrhunderts (Dahlmann, Froebel, Sybel, Roscher, Treitschke) trotz des Absterbens der ethisch-politischen Professuren nach Kant: sie haben, zusammen mit der Organisationsform der politischen Wissenschaften in den Rechts-und Staatswissenschaftlichen Fakultäten, über Burgess und Francis Lieber einen starken Einfluß auf die jüngere amerikanische politische Wissenschaft geübt. Im übrigen ist das 19. Jahrhundert gekennzeichnet durch eine weitgehende Auffächerung der politischen Wissenschaft in die positiven Fächer der Rechts-, Staats- und Geschichtswissenschaften, ein Vorgang, dem auf der anderen Seite die allmähliche Auflösung der alten, in der Ethik zentrierten Politik entspricht. Diese erscheint bereits einem Ranke so problematisch "wie der Wert einer sogenannten philosophischen Grammatik". Das Politische als aufgegebene gute Ordnung des Zusammenlebens wird jetzt historisch und soziologisch relativiert. Als Studienobjekte für eine politische Wissenschaft bleiben schließlich nur noch die forma-

len Techniken des politischen Handelns übrig. So kommt es zu einer eigentümlichen Verlagerung des staatstheoretischen Denkens von der natürlichen Mitte der politischen Wissenschaft und Jurisprudenz in die Historie und Soziologie, ein Vorgang, der besonders für Deutschland (Max Weber, Meinecke) typisch ist. "Hier wird eine wirkliche positive Staatstheorie entwickelt - vom Staat als 'Betrieb', dessen immanente Teleologie den einzelnen heteronom in sich hinein, unter die Dämonie seiner Mittel, in die unentrinnbare sittliche Verschuldung zwingt - vom Staat als Naturkraft und Schicksal, von der Lebensidee seiner 'Staatsräson', die in die unauflösliche Antinomie von Kratos und Ethos hineinführt - beide Male in sich geschlossene, eigengesetzliche Schicksalmächte, denen der einzelne mehr oder weniger als Objekt und Opfer gegenübersteht" (Rudolf Smend). Die moderne, machtstaatlich orientierte Historie des 19. Jahrhunderts und die soziologische Auffassung der Politik als Kampf um Machterwerb und Machtbehauptung (M. Weber) sind die letzten Versuche einer eigenständigen "neuen Wissenschaft" der Politik gewesen; mit der Dynamik einzelwissenschaftlicher Spezialisierung und positivistischer Sachbezogenheit ausgestattet, wirken sie bis heute in der europäischen und noch mehr in der amerikanischen politischen Wissenschaft nach.

III. Worin sticht die moderne politische Forschung, also die jüngste Epoche der wissenschaftlichen Politik, von der älteren ab? Worin hat sie neues wissenschaftliches Terrain erschlossen? Kann man sagen, daß erst mit dem 20. Jahrhundert die Zeit methodischer Entfaltung der Disziplin gekommen ist, während die traditionellen Verfahren in ein vorkritisches Stadium gehören? Oder wiederholt auch die moderne Disziplin nur - wenn auch in verfeinerter Form die Fragen und Aporien der älteren politischen Wissenschaft, mit denen sich schon ein Platon und ein Cicero auseinandersetzten?

Ja und nein. Gewiß, es fiele einem Wissenschaftshistoriker nicht schwer, in einem Buch wie *The Making of the President,* das die Präsidentschaftskampagne Kennedys schildert, die moderne verfeinerte Variante einer machiavellischen "Kunstlehre des Politischen" zu erkennen; und die komplizierten Systeme, die Spiel- und Entscheidungstheorien, mit denen man die heutige Wirklichkeit der internationalen Beziehungen zu erfassen versucht, repetieren auf ihre Weise nur das, was die europäische Literatur des Gleichgewichts und der Balance der Mächte im 17. Jahrhundert bereits entfaltet hatte. In der Analyse konkreter Regierungsprozesse sind wir heute gewiß detaillierter und genauer als die Berichte englischer und französischer Reisender des 18. Jahrhunderts; aber Montesquieus Schilderung des englischen Parlaments -

soviel die spätere Kritik an Unstimmigkeiten darin gefunden hat - ist trotz allem ein klassisches Beispiel der Darstellung und Deutung eines fremden Regierungssystems. Und ob die Sowjetologie der Nachkriegszeit eine so geistvolle, Inneres und Äußeres in eins fassende Darstellung eines despotischen Staates aufzuweisen hat wie Voltaires und Mirabeaus preußische Reiseberichte aus dem 18. Jahrhundert, mag eine offene Frage bleiben. Doch vergleichen wir hier vielleicht zu sehr mit literarischen Maßstäben. Literarisch fällt in der Tat die moderne politische Wissenschaft gegenüber der älteren deutlich ab. Aber wir vergessen, daß Kontinuität und Vergleichbarkeit nur beim schriftstellerischen Genus vorliegt, daß aber die Methode der modernen politischen Forschung sich von der älteren Politikwissenschaft durch wesentliche Züge unterscheidet: einmal durch die umfassende Quantifizierung, sodann durch die Konzentration der Fragestellung auf den *Grund,* nicht mehr auf das Ziel politischer Handlungen; endlich durch den Verlust - oder doch die vorläufige Suspendierung - der Wertfragen, die jetzt an den Rand des wissenschaftlichen Interesses rücken.

1. Die Quantifizierung ist ein Vorgang, der heute alle Bereiche der Sozialwissenschaften erfaßt hat. Darin liegt der Unterschied zur älteren Forschung, in der man gewiß auch einmal statistische Methoden verwendete, in der man aber nicht darauf ausging, das untersuchte Objekt nach allen Seiten hin größenmäßig zu analysieren. Wirken dort Kurven, Statistiken und Mengenangaben, wo sie auftauchen, als eine Zugabe, die den Gedanken verdeutlicht, die notfalls aber auch entbehrlich wäre, so hat die moderne Politikwissenschaft - analog zur modernen Wirtschaftswissenschaft die Tendenz, die Zahlen und Quantitäten in den Vordergrund zu rücken und das Wort nur als Verdeutlichung hinterherzuschicken. Ja, neueste Arbeiten nähern sich bereits einer Formel- und Zeichensprache an, die der verbalisierten Übersetzung nicht mehr zu bedürfen scheint.

Ein lehrreiches Beispiel für diese Tendenz ist die Untersuchung parlamentarischer Wahlen. In der älteren Forschung liegt der Nachdruck auf der Untersuchung des Systems. Man diskutiert die Vorzüge und Schwächen der einzelnen Wahlverfahren, des Proportionalwahlrechts, des absoluten oder relativen Mehrheitswahlrechts, man stellt Betrachtungen an über den Zusammenhang mit der Verfassung und mit dem demokratischen Prozeß im ganzen. In dieser Art sind die Betrachtungen Max Webers und Friedrich Naumanns über die Wahlrechtsfrage zu Beginn der Weimarer Republik gehalten, und noch moderne Untersuchungen wie die von Hermens und Duverger nehmen ihren Ausgang von institutionellen Frage-Interessen, so etwa, wenn nach dem Zusammenhang von Wahlverfahren, Parteiensystem und politischer Stabilität

oder Instabilität eines Gemeinwesens gefragt wird. Später verlagert sich das Interesse auf das Wahlverhalten der Bevölkerung, wobei das System als solches nicht mehr untersucht wird: man fragt, wie dies zuerst Andre Siegfried tat, nach den das Wahlverhalten begründenden sozialen und geographischen Faktoren, sucht Konstanten und Variable im Wahlgeschehen zu unterscheiden, bildet Relationen zwischen Beruf, Alter, Geschlecht, Konfession und Wahlentscheidung, um schließlich den gesamten Prozeß nach Faktoren zu analysieren. Endlich schaffen Kleingruppenanalysen, die Bildung repräsentativer Bevölkerungsquerschnitte und Methoden systematischer Befragung die Möglichkeit, den Wahlvorgang in allen seinen Elementen zu analysieren und sogar den Wahlausgang vorzuschätzen: die quantifizierenden Methoden durchdringen den gesamten Untersuchungsbereich und lassen die älteren, von Hypothesen und Mutmaßungen durchwirkten Untersuchungen als veraltet erscheinen.

2. Die Entwicklung der Forschung in diesem Bereich ist noch in einer anderen Hinsicht bemerkenswert: die wissenschaftliche Fragestellung konzentriert sich immer mehr auf den *Grund* politischer Handlungen. In der älteren politischen Wissenschaft hätte diese Frage gar nicht interessiert. Aus welchen Gründen, welchen Bedürfnissen und Stimmungen man sich in der Politik so oder so entschied, hielt man für weit weniger untersuchungswürdig als die andere Frage: ob man sich nämlich mit dieser Entscheidung für etwas Gutes oder für etwas weniger Gutes entschieden hatte. Mit anderen Worten: die Ziele interessierten, das Worumwillen der Politik - nicht die physischen oder psychischen Gründe, die für die Entscheidung maßgebend sein mochten. Das ist in der modernen Forschung anders geworden. Sie ist in einem zugespitzten Sinn Verhaltensforschung geworden. Sie will nicht wissen (wenigstens nicht in erster Linie), wozu sich Menschen entscheiden, welche *Ziele* sie damit verfolgen, sondern sie fragt in erster Linie nach den Gründen, aus denen sie sich so oder so verhalten. Das bedeutet, daß die Frage nach dem Richtig oder Falsch zunächst einmal suspendiert wird; was interessiert, sind allein die Motivationen. Methodologisch ist das durchaus begreiflich, denn nur bei den Motivationen kann man quantifizierende und wertfreie Forschungsmethoden einsetzen, während die Frage nach den Zielen und ihrem Wertgewicht uns sogleich in eine Debatte über den Sinn des Politischen verwickelt, die auf dem Boden empirisch-sozialwissenschaftlicher Methoden nicht entscheidbar ist.

Auch diesen Zug der Wissenschaftsentwicklung könnte man an vielen Beispielen deutlich machen. So ist es charakteristisch, daß die moderne Parteitheorie, je mehr sie sich quantitativen Methoden aufgeschlossen hat, die

Frage des Zwecks einer politischen Partei hintangestellt hat zugunsten der Untersuchung des Verhaltens der Parteimitglieder und der politischen Führer. So sind die Fragen der Kandidatenaufstellung, der Führerauswahl und der innerparteilichen Entscheidungsmechanismen in den Vordergrund getreten und werden in einer breiten Literatur nach allen Seiten erörtert.

3. Und dies alles - Quantifizierung und Reduktion auf kausale Erkenntnis - vollzieht sich vor einem Horizont, in dem prinzipiell das Politische als deutungsfrei gegebenes Material der Untersuchung angesetzt wird, nicht anders als untersuche man Gegenstände der Natur oder Bewegungen im Tierreich. Zumindest muß von den großen und typischen Leistungen der modernen politischen Wissenschaft gesagt werden, daß sie so verfahren: daß also die Frage nach dem Richtig oder Falsch, Gut oder Böse des Politischen jenseits der Untersuchung bleibt als eine Frage, die nicht mehr der Wissenschaft, sondern dem Gewissen oder dem subjektiven Geschmack angehört, jedenfalls aber, wie es Max Weber formuliert hat, "in einer anderen Ebene des Geistes liegt".

So gesehen, scheint die moderne politische Forschung ihre methodische Schärfe und empirische Aussagekraft paradoxerweise gerade einer Einschränkung ihrer Fragestellung zu verdanken. Sie operiert mit gesteigerter Wissenschaftlichkeit in einem reduzierten Arbeitsfeld. In ihrem rationalen Universum hat die Frage nach den Zwecken der Politik - den Zwecken schlechthin, nicht der Relation von Zwecken und Mitteln - ebensowenig Platz wie die Frage nach dem guten Leben und dem Bild des Bürgers und des Staatsmanns. Darin liegt ihre methodische Stärke, aber auch ihre erzieherische Schwäche; denn in einer Zeit, in der totalitäre Systeme den Menschen unmittelbar mit dem Problem der politischen Ordnung konfrontieren und in der seine Existenz durch Massenvernichtungsmittel physisch vernichtet werden kann, wird man methodische Genauigkeit bei gleichzeitiger Reduzierung des Fragehorizontes nicht unbedingt als befreiende Lösung empfinden. Vielmehr stellt sich heute die alte, zuerst von Thomas formulierte Frage in neuer Gestalt: ob es nicht wichtiger sei, in großen Dingen weniges zu wissen, als in den kleinen alles. Solange diese Frage nicht geklärt ist, wird man nicht entscheiden können, ob die ältere Form politischer Wissenschaft mit der jüngsten Entwicklung unseres Fachs überholt ist - und so muß auch die Eingangsfrage offen bleiben, ob politische Forschung eine junge oder nicht vielmehr eine sehr alte Tätigkeit des Menschen ist.

Ich schließe mit einer Bemerkung von Herfried Münkler, der in seiner Berliner Antrittsvorlesung vom 10. Mai 1993 die Frage aufwirft, ob demokratisch verfaßte Gemeinwesen einer soziomoralischen Fundierung bedürfen. Münkler

hebt hervor, daß Zivilgesellschaft und Bürgertugend in einer inneren Beziehung zueinander stehen und daß die heute in fast allen westeuropäischen Demokratien zu beobachtende Abwendung von der Politik nicht nur Ausdruck einer Krise der politischen Institutionen ist, sondern auch auf ein Defizit der politischen Theorie verweist. Diese nämlich konnte die zugehörigen Phänomene zwar benennen, vermochte sie aber nicht zu erklären, geschweige denn vorauszusagen. "... Sie vermochte dies nicht, weil sie in einem Prozeß anscheinenden szientifischen Fortschritts, der sich selbst in Modellen einer evolutiven Addition der Normverwirklichung feierte, die prekären soziomoralischen Voraussetzungen demokratisch verfaßter Gemeinwesen aus dem Auge verlor, bezw., präziser, weil sie in ihrer Fixierung auf eine evolutive Normaddition die zentrale Überzeugung der klassischen politischen Theorie verdrängt oder vergessen hat, wonach beim Erreichen eines Ziels darauf zu achten sei, daß die Voraussetzungen der Zielerreichung nicht unterhöhlt würden, daß, mit anderen Worten, das Optimum mit dem Maximum nicht identisch sei... Das Problem der modernen Sozialphilosophie und Politiktheorie bestünde dann darin, daß sie das Politische nur noch als eine abgeleitete Gestalt des Sozialen zu denken vermag".[1]

Dieser Text stützt sich auf meinen Aufsatz: Politik als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung. Historische Anmerkungen, in: Leonhard Reinisch (Hrsg.), Politische Wissenschaft heute, München 1971, S. 1-13. Eingehender begründet sind die hier skizzierten Thesen in meinen Arbeiten zur Geschichte der Politikwissenschaft und Verwaltungslehre: Die Lehre der Politik an den deutschen Universitäten, vornehmlich vom 16.-18. Jahrhundert, in: Dieter Oberndörfer (Hrsg.), Wissenschaftliche Politik, Freiburg 1962, S . 59 - 116; Zur Lage der politischen Wissenschaft in Deutschland, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 10 (1962), S . 225-249; Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre, Neuwied/Berlin 1966 (^{3}München 1986); Ältere deutsche Staatslehre und westliche politische Tradition, Tübingen 1966; Politische Wissenschaft in Deutschland. Aufsätze zur Lehrtradition und Bildungspraxis, München 1969, ^{2}1985; Eine Münchner Schule: Die politische Wissenschaft in Deutschland und das Geschwister-Scholl-Institut, in: Peter Cornelius Mayer-Tasch (Hrsg.), Münchner Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Freiburg

[1] Herfried Münkler: Zivilgesellschaft und Bürgertugend. Bedürfen demokratisch verfaßte Gemeinwesen einer sozio-moralischen Fundierung? = Öffentliche Vorlesungen der Humboldt-Universität zu Berlin, Heft 23, 1994, S. 4f.

1980; S. 15-29; Der Begriff der Politik, in: Zeitschrift für Politik 34 /1987), S. 378-382 ; Verteidigung der Politik, Zürich 1990.

Wilhelm Bleek

Aspekte der Wissenschaftsgeschichte der Politikwissenschaft

Auf den ersten Blick ist der Gegenstand der Wissenschaftsgeschichte, auch derjenigen der Politikwissenschaft, eindeutig: Sie behandelt aus historischer Perspektive die Entwicklung der Wissenschaften im allgemeinen und der einzelnen Disziplinen im besonderen. Doch wie in der allgemeinen Geschichtswissenschaft sind auch in der Wissenschaftsgeschichte Objekt, Untersuchungsansatz und Methode höchst vielfältig und durchaus kontrovers. Nur vordergründig hat es die herkömmliche historische Analyse des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses leichter, welche die Wissenschaft als den unumstrittenen Gegenstand der Wissenschaftsgeschichte proklamiert. In diesem Sinne wird die Fachgeschichte von den meisten Disziplinen als die Geschichte ihrer wissenschaftlichen Literatur verstanden. Aus dieser Sicht ist Wissenschaftsgeschichte lediglich die Darstellung der intellektuellen Bemühungen und Erträge der Disziplinen aus historischer Sicht. Diese Dominanz des ideengeschichtlichen Ansatzes in der Disziplingeschichte der Fächer läßt sich auch in der Geschichte der Politikwissenschaft aufweisen. Im Gegensatz zu dieser bisherigen Einseitigkeit sollten aber, auch in der Wissenschaftsgeschichte der Politikwissenschaft, auch die anderen Zugänge wie Gelehrten-, Universitäts-, Sozial- und Politikgeschichte gleichberechtigt berücksichtigt werden.

a) Ideengeschichte

Das Vorherrschen des ideengeschichtlichen Ansatzes in der Wissenschaftsgeschichte der Politikwissenschaft, wenn diese überhaupt thematisiert wird, ist wesentlich eine Folge der anerkannten Position politikwissenschaftlicher Bemühungen um die Geschichte der politischen Ideen und Theorien. Die Bedeutung dieses politikwissenschaftlichen Teilgebietes läßt sich an seiner Berücksichtigung in Lehrplänen, Veröffentlichungen zur politischen Ideengeschichte und Sammlungen von Klassikertexten der politischen Theorie ablesen. Es lag daher für das Fach nahe, die Geschichte der Politikwissenschaft

als Teil der Geschichte der politischen Ideen zu verstehen und die Methoden und Arbeitsweisen der politischen Ideengeschichte auch auf die gesamte Disziplingeschichte anzuwenden.[2]

Allerdings sind, zumindest in Deutschland, nur wenige professorale Lehrer der Politik in den Pantheon der Klassiker der politischen Theorien aufgenommen worden. Für die Frühe Neuzeit hat wohl am ehesten Johannes Althusius mit seiner Konzeption der "Politea" als einer "symbiotischen Gemeinschaft", welche in unserer Zeit unter anderem in der Föderalismus- und Korporatismusdebatte aufgenommen wurde, diese Ehre verdient. Für das 19. Jahrhundert ist Lorenz von Stein mit seiner Lehre vom "sozialen Königtum" zu nennen, die grundlegend für die moderne Sozialstaatstheorie geworden ist. Max Weber ist mit seinen methodologischen und inhaltlichen Setzungen und Definitionen aus der Wendezeit vom 19. zum 20. Jahrundert der prominenteste Säulenheilige aller Sozialwissenschaften geworden. Aus dem Kreis der Gründungsväter, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland die Politikwissenschaft etablierten, ist wohl Ernst Fraenkel mit seiner Theorie des Neo-Pluralismus am deutlichsten in den Reigen der modernen Klassiker der politischen Theorie aufgestiegen. Deutsche Sozialphilosophen wie Jürgen Habermas, amerikanische Soziologen wie Talcott Parsons und internationale Politikwissenschaftler wie Karl W. Deutsch sind grundlegend auch für das Politikstudium in Deutschland geworden. Doch von diesen Ausnahmen abgesehen, ist die Geschichte der politischen Ideen und Theorien nur zum geringsten Teil eine Geschichte der Ideen und Theorien der Politikwissenschaft.[3]

Das liegt nicht nur, wie manche Kritiker des Faches vermuten mögen, an der Mittelmäßigkeit der Ideenproduktion von akademischen Lehrern der Politik. Es führt sich vor allem auf die Diskontinuitäten der Politikwissenschaft in Deutschland zurück, die insgesamt eine Gedächtnislücke im wissenschaftsgeschichtlichen Erinnerungsvermögen der Disziplin bewirkt haben. Weil die Politikwissenschaft in Deutschland durch längere Phasen der institutionellen Nichtexistenz gekennzeichnet ist, fiel ihr ideelles Erbe oft ihren Nachbar- und Nachfolgedisziplinen zu; die moderne Politikwissenschaft hat damit ihre älte-

---

[2] Die Hinweise auf Funktionen und Methoden zur Analyse der politischen Ideengeschichte, die Klaus von Beyme 1969 in seiner Tübinger Antrittsvorlesung gegeben hat, sind auch für die ideengeschichtliche Untersuchung der Entwicklung des Faches Politikwissenschaft von großem Nutzen: Klaus von Beyme, Politische Ideengeschichte. Probleme eines interdisziplinären Forschungsbereiches, Tübingen 1969.

[3] Vgl. die Überblicksdarstellung zur politischen Ideengeschichte, z.B. Hans Maier / Heinz Rausch / Horst Denzer: Klassiker des politischen Denkens, 2 Bde., München, 5. Aufl. 1979; Hans-Joachim Lieber (Hrsg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, München/Bonn, 2. Aufl. 1993; Iring Fetscher / Herfried Münkler (Hrsg.): Pipers Handbuch der politischen Ideen, 5 Bde., München 1986 ff.

ren Traditionen weitgehend vergessen. So werden zum Beispiel oft Friedrich Christoph Dahlmann lediglich als Historiker, Karl von Rotteck als Staatsrechtler und Wilhelm Roscher als Nationalökonom klassifiziert und damit ihr Selbstverständnis als Lehrer der Politik verkürzt. Auch Hermann Heller, dem Öffentlichrechtler der Weimarer Republik, ging es vor allem um eine wissenschaftliche Disziplin von der Politik, und sicherlich hätte er seinem 1934 posthum erschienen Hauptwerk einen anderen Titel als jenen der "Staatslehre" gegeben.

Die Unterbrechungen in der Geschichte der deutschen Politikwissenschaft haben auch dazu geführt, daß die letzten Überblicke zur Ideengeschichte des Faches aus der Mitte des 19. Jahrhunderts stammen, vor dem 70jährigen Winterschlaf der Lehre von der Politik in Deutschland nach der gescheiterten bürgerlichen Revolution von 1848/49. Bis heute sind die "Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften" von Robert von Mohl (1855-1858) und die "Geschichte des allgemeinen Staatsrechts und der Politik" von Johann Caspar Bluntschli (1864) unersetzliche Fundgruben zur Ideengeschichte des Faches.[4] Nach ihrem Wiederaufleben nach 1945 hat die westdeutsche Politikwissenschaft zwar Epochen der älteren und der modernen Politiklehre vor allem unter inhaltlichen Aspekten erforscht, der Gesamtzusammenhang der Ideengeschichte des Faches ist jedoch bisher noch nicht rekonstruiert worden.

Dabei ist das Material zu einer solchen Ideengeschichte der Politikwissenschaft in Gestalt von Publikationen und Vorlesungsmanuskripten der akademischen Lehre der Politik reichlich vorhanden, allerdings zeitraubend zu erheben und zu sichten. Zahlreiche Politikprofessoren auch früherer Jahrhunderte haben ihre Ideen nicht nur der akademischen Zuhörerschaft vorgetragen, sondern ebenfalls für das breite Publikum veröffentlicht. Zu den Quellen der Ideengeschichte der Politikwissenschaft gehören nicht nur die Buchveröffentlichungen, sondern auch einschlägige Handbücher sowie Zeitschriften. Weitere akademische Lehrer der Politik, insbesondere aus dem 19. Jahrhundert, haben in ihren Nachlässen auch Vorlesungsmanuskripte hinterlassen.[5]

---

[4] Robert von Mohl, Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften, 3 Bde., Tübingen 1855-58, Nachdruck Graz 1960 und Johann Caspar Bluntschli, Geschichte des allgemeinen Statsrechts und der Politik. Sei dem sechzehnten Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1864 u. 2. Aufl. 1967.

[5] Exemplarisch für die Veröffentlichung, aber auch den Nachlaß eines Politikprofessors sei verwiesen auf Text und Erläuterungen zu: Friedrich Christoph Dahlmann, Die Politik auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände zurückgeführt, Neuausgabe hrsg. von Wilhelm Bleek (Klassiker des deutschen Staatsdenkens, hrsg. von Hans Maier und Michael Stolleis), Frankfurt am Main (im Erscheinen).

Auch in der Ideengeschichte der Politikwissenschaft stellt sich die Grundsatzfrage nach der Diskontinuität oder Kontinuität, nach Zeitgebundenheit oder dauerhafter Nachwirkung. Wie bei allen anderen historischen Abläufen sind Zeiten des Umbruchs und der Innovation von Phasen der stärkeren Bewahrung und Tradition zu unterscheiden. Auch in der politikwissenschaftlichen Diskussion hat es sich in den vergangenen Jahrzehnten eingebürgert, im Anschluß an die Ausführungen von Thomas S. Kuhn über die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen vom Paradigmenwandel zu sprechen.[6] Es wird sinnvoll sein, mit diesem Begriff nicht nur den schnellebigen Wechsel von Theorien und Methoden in der modernen Sozialwissenschaft zu charakterisieren, wie es häufig geschieht, sondern das methodische Instrumentarium der Paradigmenforschung für die Untersuchung der Veränderungen von wissenschaftlichen Erklärungsmustern über größere Zeiträume von Jahrhunderten anzuwenden. Die Untersuchung der Paradigmenwechsels sollte nicht bei wissenschaftsinternen Veränderungen stehen bleiben, sondern diese mit dem externen Wandel in den gesellschaftspolitischen Bedingungen von Forschung und Lehre verknüpfen und auf diese Weise die ideengeschichtliche Methode mit den noch zu schildernden sozial- und politikwissenschaftlichen Ansätzen verbinden.

Mit dem ideengeschichtlichen Zugang soll in dieser Darstellung der Geschichte der Politikwissenschaft insbesondere der Wandel ihrer zentralen Begriffe von "Politik" und "Wissenschaft" herausgearbeitet werden. Was früher einmal "Lehre" oder "Wissenschaft" von der "Politik" genannt worden ist, hat möglicherweise kaum etwas mit der heutigen Politikwissenschaft gemeinsam, handelt es sich dabei doch nicht um zeitlose, sondern um historische Begriffe in all ihrer Wandlungsfähigkeit. So hat der Begriff von Wissenschaft im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit kaum etwas mit dem modernen Szientismus zu tun und doch kann uns das ältere Wissenschaftsverständnis beim Nachdenken zumal auf dem Gebiet der Politik hilfreich sein. Politik auf der anderen Seite beinhaltete in vorneuzeitlicher Epoche vor allem die gemeinschaftliche Ordnung, während sie in modernen Zeiten durch die Aspekte von Herrschaft und Macht charakterisiert wird.[7]

---

[6] Thomas S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt/Main 1973 (engl. zuerst 1962).

[7] Grundlegend für die historische Begriffsgechichte, auch von politischen Begriffen: Otto Brunner / Werner Conze / Reinhard Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe: historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart, 7 Bde. 1972-1992. Zur Entwicklung und zum Vergleich der englischen und deutschen Politikbegriffe hat sehr anregende Hinweise gegeben: Arnold J. Heidenheimer, Politics, Policy and Policey as Concepts in Englisch and Continental Languanges: An Attempt to Explain Divergences, in: The Review of Politics, Vol. 48, 1986, Nr. 1, S. 3-33.

Viele politischen Tatbestände und Zusammenhänge, die heute zum selbstverständlichen Gegenstand des Faches Politikwissenschaft gehören, sind in älteren Zeiten von Fächern wie der praktischen Philosophie, der Polizei- und Verwaltungswissenschaft, der Kameralwissenschaft und der allgemeinen Staatsrechtslehre behandelt worden.[8] Diese sollten daher als "politische Disziplinen" in einer Geschichte der Politikwissenschaft ebenfalls ihren Platz haben.

Nicht nur die Grundbegriffe des Faches und seiner Nachbardisziplinen, auch seine eigenen Bezeichnungen haben im Laufe der Jahrhunderte einen charakteristischen Wandel durchgemacht. Aus der schlichten "Politik" wurde die "Lehre von der Politik", dann die "Staatslehre" und die "Staatswissenschaft", bevor es in der Bundesrepublik zur Vielfalt von "Wissenschaft von der Politik", "Wissenschaftlicher Politik", "Politischer Wissenschaft" und "Politologie" gekommen ist, die erst in den letzten Jahren weitgehend in der Fachbezeichnung "Politikwissenschaft" aufgegangen ist.

Die Wissenschaftsgeschichte der Politikwissenschaft in Deutschland aus ideengeschichtlicher Sicht hat daher vor allem nach der historischen Konzeption von akademischer Lehre und Wissenschaft sowie den paradigmatischen Eigenschaften des Politikbegriffs in den jeweiligen Wissenschaftsepochen zu fragen. Themenbereiche, Politikbegriff und Wissenschaftskonzeption sind die drei ideengeschichtlichen Sonden, mit denen an die Wissenschaftsgeschichte der Politikwissenschaft herangegangen werden soll.

b) Gelehrtengeschichte

Ideen fallen nicht vom Himmel, jedenfalls nicht in Gestalt von wissenschaftlichen Erkenntnissen. Sie werden von Menschen gemacht, formuliert und vermittelt. Daher gilt heute die idealistische Sicht der Ideengeschichte als überholt, welche lediglich auf die historischen Einflüsse und Stammbäume von Ideen abstellt und Mensch wie Gesellschaft als Erkenntnis- und Kommunikationseinheiten vernachlässigt. Der Wandel der Ideen muß vielmehr mit den realen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen sowie mit der Geschichte der Menschen, die die jeweilige Wissenschaft betreiben, in Bezug

[8] Dies wird sehr deutlich in den wissenschaftsgeschichtlichen Arbeiten von Hans Maier: Hans Maier, Die Lehre der Politik an den älteren deutschen Universitäten (1962) in: ders., Politische Wissenschaft in Deutschland. Lehre und Wirkung, München 1985, S. 31-67 und ders., Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre, München, 1. Aufl. 1966, 2. Aufl. 1980.

gesetzt werden. Diese banalen Einsichten treffen auch und besonders für die politischen und politikwissenschaftlichen Ideen zu.

Daher ist die erste notwendige Ergänzung des ideengeschichtlichen Ansatzes der Wissenschaftsgeschichte die Gelehrtengeschichte als die Geschichte der Entdecker und Vermittler akademischer Einsichten. Dieses Verständnis von Wissenschaftsgeschichte als Gelehrtengeschichte geht davon aus, daß die persönliche, berufliche und gesellschaftliche Biographie von Wissenschaftlern sowohl die Wahl ihrer Arbeitsgebiete wie auch ihrer inhaltlichen Aussagen in Forschung und Lehre mitbestimmt. Die Geschichte der Politikwissenschaft ist daher auch wesentlich eine Geschichte ihrer Lehrer.

Wissenschaftsgeschichte als Wissenschaftlergeschichte stellt die vielfältigen Aspekte des Werdegangs von Hochschullehrern und dessen Auswirkungen auf das intellektuelle Werk in den Mittelpunkt ihres Interesses. Die Fragestellungen reichen dabei von der familiären und sozialen Herkunft über den Bildungsweg, die Studienfächer, die Universitäten und akademischen Lehrer bis hin zu den Stationen der beruflichen Karriere, welche auf den akademischen Prüfungen aufbauen und in Habilitationen und Berufungen ihren Höhepunkt erklimmen. Wissenschaftliches Werk und akademische Biographie werden solchermaßen in einen engen Bezug gesetzt.

Diese Aspekte der Gelehrtengeschichte treffen für alle Universitätsfächer gleichermaßen zu. Für die Politikwissenschaft und ihre Hochschullehrer ist aber das Verhältnis zwischen politikwissenschaftlicher Theorie und politischer Praxis von besonderem Interesse, wie es sich in der beruflichen Biographie zahlreicher Hochschullehrer der Politik widergespiegelt hat. Professoren der Politikwissenschaft sind zu aller Zeit versucht gewesen, durch Übernahme politischer Funktionen die Praxisrelevanz ihrer intellektuellen Einsichten zu erfahren und zu überprüfen. Auf der anderen Seite wirken praktische Erfahrungen der Politik auf politikwissenschaftliche Forschung und Lehre zurück. So ist das Verhältnis von Theorie und Praxis nicht nur ein spannendes Thema allgemeiner philosophischer und sozialwissenschaftlicher Überlegungen, sondern impliziert auch sehr konkrete Forschungsmöglichkeiten mit Hilfe des biographischen Zugriffs der Wissenschaftsgeschichte.

Bei der Verwirklichung des gelehrtengeschichtlichen Ansatzes hat bisher allerdings die individuelle Glorifizierung von "Geistesgrößen" dominiert. Diese hagiographische Tendenz der Wissenschaftlergeschichte ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Personengeschichte der Wissenschaft ihren Publikationsort zumeist in Festschriften oder Nachrufen hat. Dabei besteht die Gefahr einer Überhöhung von individueller Leistung der Geehrten oder Verstorbenen, deren gesellschaftliche Voraussetzungen eher minimalisiert, wenn nicht igno-

riert werden. Eine biographische oder autobiographische Darstellung von akademischen Lebensläufen, welche die gesamtgesellschaftlichen und -politischen Entwicklungen berücksichtigt, ist daher eher die Ausnahme.

Für die Geschichte der Politikwissenschaft gibt es bisher kaum Biographien und noch weniger gesellschafts- und wirkungsgeschichtliche Untersuchungen von Lebensläufen prominenter Lehrer der Politik. Als erstes haben die zeitgeschichtlich besonders interessanten Emigrantenschicksale von Gründungsvätern der westdeutschen Politikwissenschaft wie Franz Neumann und Ernst Fraenkel Aufmerksamkeit gefunden. Mit dem fortschreitenden Alter der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik zeichnet sich aber heute ein wachsendes Interesse für die Generationenabfolge von Professoren ab, welche die Entwicklung des Faches in den letzten Jahrzehnten geprägt haben.[9] Das Vorbild einer Veröffentlichung, welche die Darstellung des akademischen und politischen Lebenslaufes mit der Analyse von Werk und Wirkung eines Politikprofessors verbindet, stellt immer noch Erich Angermanns Biographie Robert von Mohls dar, eines geistigen Vorvaters der Konzeption des sozialen Rechtsstaates und scharfsinnigen Analytikers des parlamentarischen Regierungssystems in der Mitte des 19. Jahrhunderts.[10]

Die Gelehrtengeschichte der deutschen Politikwissenschaft wird allerdings kaum die Einzelbiographien erfassen können, die im Verlauf der deutschen Universitätsgeschichte vom Mittelalter bis in die Gegenwart Politik gelehrt haben.[11] Vielmehr sollte für die jeweilige Wissenschaftsperiode das kollektive Profil des Lebens- und Berufsweges, des akademischen Werkes und vor allem des praktischen Politikverständnisses der Politikprofessoren, besonders aber ihre Reputation in Universität und Öffentlichkeit herausgearbeitet werden. Die exemplarische Darstellung von Lebensweg und Werk einzelner Gelehrter kann dabei den Wandel des Professorentyps im Fach Politikwissenschaft veranschaulichen.

---

[9] Vgl. die Biographien der ersten und zweiten Generation der westdeutschen Politikwissenschaft: Hans Karl Rupp / Thomas Noetzel (Hrsg.), Macht, Freiheit, Demokratie, Bd. 1, Marburg 1991, Bd. 2, Marburg 1994.

[10] Erich Angermann, Robert von Mohl 1799-1875; Leben und Werk eines altliberalen Staatsgelehrten, Neuwied 1962.

[11] Der Lebensweg auch von zahlreichen Politikprofessoren läßt sich den einschlägigen Nachschlagswerken entnehmen: Allgemeine Deutsche Biographie, hrsg. durch die Historische Commission bei der Bayrischen Akademie der Wissenschaften, 56 Bde., Leipzig/Berlin 1875 ff und Neue Deutsche Biographie, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayrischen Akademie der Wissenschaften, 16 Bde., Berlin 1953 ff.

c) Universitätsgeschichte

Wissenschaft besteht nicht nur aus Ideen, die von Gelehrten verbreitet und diskutiert werden, sondern hat bedeutsame institutionelle Voraussetzungen in den Organisationen und Strukturen von Lehre und Forschung. Wissenschaftsgeschichte ist infolgedessen zu einem wichtigen Teil auch Institutions- und Organisationsgeschichte, vorzugsweise Universitätsgeschichte. Die Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland ist daher eingebettet in die allgemeine Universitätsgeschichte, in die Entwicklung der akademischen Lehre und Forschung an den einzelnen Hochschulen.[12] Nur im Gesamtzusammenhang der Universitätsgeschichte werden die wechselhaften Konjunkturen der Politikwissenschaft als akademischer Disziplin offensichtlich und erklärbar.

Für die organisatorische, aber auch inhaltliche Entwicklung des Faches Politikwissenschaft an den Universitäten ist von zentraler Bedeutung, in welcher Fakultät es verankert wurde. Drei Alternativen haben sich historisch herausgestellt, um schon ein Ergebnis dieser Darstellung vorwegzunehmen: erstens die Zuordnung zur Philosophischen Fakultät bzw. zur Artistenfakultät als deren mittelalterlichen Vorgängerin; zweitens die Gründung von eigenständigen Fakultäten, meist unter dem Etikett von Staatswirtschaftlichen Fakultäten, vergleichbar den heutigen Sozialwissenschaftlichen Fakultäten; und drittens die Eingliederung in Rechts- und Staatswirtschaftliche, in jüngster Zeit auch Rechts- und Sozialwissenschaftliche Fakultäten. Diese unterschiedliche Fakultätenzuordnung der Politikwissenschaft hatte entscheidende Konsequenzen nicht nur für den Studiengang, das Prüfungswesen und das Berufsprofil der Studenten, sondern auch das inhaltliche Lehr- und Forschungsprofil der Hochschullehrer des Faches.[13]

Die unterschiedliche inhaltliche Ausrichtung der Politikprofessoren schlug sich vor allem in der verschiedenartigen Bezeichnung der Lehrstühle als der kleinsten organisatorischen Einheiten der Universitäten nieder. Die Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland ist wesentlich auch eine Geschichte der Benennung und Besetzung ihrer Lehrstühle. Die beginnt schon mit den

[12] Aus der Vielzahl der Gesamtdarstellungen zur Universitätsgeschichte sei eine Überblicksdarstellung und ein am Beginn stehendes Großunternehmen zur europäischen Universitätsgeschichte genannt: Rainer A. Müller, Geschichte der Universität: Von der mittelalterlichen Universitas zur deutschen Hochschule, München 1990 und Walter Ruegg (Hrsg.), Geschichte der Universität in Europa, Bd. 1: Mittelalter, München 1993.

[13] Diese Zusammenhänge habe ich exemplarisch für das 18. und 19. Jahrhundert illustriert: Wilhelm Bleek, Von der Kameralausbildung zum Juristenprivileg. Studium, Prüfung und Ausbildung zum höheren allgemeinen Verwaltungsdienst in Deutschland, Berlin 1972.

unterschiedlichen Bezeichnungen für das Fach, die von spätmittelalterlichen "professiones ethices vel politices" bis hin zu heutigen Professuren für Politologie oder Politikwissenschaft reichen und deren ideengeschichtliche Bedeutung schon erwähnt worden ist. In der Vergangenheit ist "Politik" allerdings in der Regel nicht das einzige Lehrgebiet eines Lehrstuhls gewesen, sondern mit vielfältigen und wechselnden zweiten, oft sogar dritten Fächern wie Ökonomik, Policey (Verwaltungslehre), Geschichte und Staatsrecht verbunden gewesen. Auch bei der Wiedergründung des Faches nach 1945 sind Doppelfächerbezeichnungen häufig gewesen und erst in den 60er Jahren in seiner Expansionsphase weitgehend weggefallen. Seit den 70er Jahren haben sich im Zuge der Ausdifferenzierung der Politikwissenschaft für die Lehrstühle Spezialbezeichnungen wie Politische Theorie, Politische Systeme, Vergleichende Politik, Internationale Politik und dergleichen durchgesetzt. So ist ein wesentliches Element der Geschichte der Politikwissenschaft an den deutschen Universitäten die Erstellung von Stammbäumen ihrer Lehrstühle, wobei es sowohl um ihre Bezeichnungen als auch um ihre personellen Besetzungen geht. Doch auch die Zahl der politikwissenschaftlichen Lehrstühle ist von Interesse, nicht zuletzt in Relation zu den Nachbardisziplinen.

Zu den Bereichen, in denen sich die Organisationsgeschichte mit der Ideengeschichte des Faches trifft, gehören auch die Studiengänge und Prüfungen. In der Entwicklung der Studiengänge schlägt sich nicht nur das wandelnde inhaltliche Selbstverständnis von Politikwissenschaft nieder, sondern mit der Berücksichtigung des Stoffes von Nachbardisziplinen auch das Verhältnis zu diesen. Das Studium wird durch Prüfungen abgeschlossen, doch orientierten sich deren Inhalte und Strukturen immer stärker am künftigen Beruf als am vergangenen Studium des Prüflings. Die Prüfungen verweisen damit schon auf den nächsten, den sozialgeschichtlichen Aspekt der Wissenschaftsgeschichte des Faches.

In der institutionellen Verankerung der Politikwissenschaft in Fakultäten, Lehrstühlen und Studiengängen spiegelt sich vor allem das Verhältnis des Faches zu seinen Nachbarfächern wider. Die Geschichte der Politikwissenschaft ist, wie die jedes anderen Faches, wesentlich eine Geschichte ihres Verhältnisses zu den anderen Wissenschaftszweigen, eine Geschichte der Disziplinbeziehungen.[14] Diese sind von Kooperation und Konkurrenz, von Erben und Beerbtwerden gekennzeichnet. Die Lehre von der Politik entwickelte sich im Mittelalter aus der Praktischen Philosophie, doch im 19. Jahrhundert ging sie in Disziplinen wie der Neueren Geschichte, der Volkswirtschafts-

[14] Vgl. die Hinweise bei Wolf Lepenies, Wissenschaftsgeschichte und Disziplingeschichte, in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 4 (1978), S. 437-451.

lehre und dem Öffentlichen Recht auf, bevor sie durch personelle und inhaltliche Starthilfen dieser Disziplinen in der Bundesrepublik Deutschland wieder neu ans Licht der Welt trat. So läßt sich durch den organisationsgeschichtlichen Ansatz mit seinem Schwergewicht auf Fakultätenverankerungen, Lehrstuhlbezeichnungen und Studienplänen, die Stellung der Politikwissenschaft im Kosmos der Universität und ihrer Fächer zu bestimmen.

d) Sozialgeschichte

Universitäten sind nicht nur wissenschaftliche Denkfabriken und institutionell-verwaltungsmäßige Organisationen, sondern auch komplexe gesellschaftliche Einheiten. Wissenschaftsgeschichte ist daher notwendigerweise auch Sozialgeschichte, indem sie die historische Ausprägung und den geschichtlichen Wandel der sozialen Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Hochschulen und Forschungsinstitutionen untersucht.[15]

Eine sozialgeschichtliche Darstellung der Geschichte der Politikwissenschaft an den deutschen Universitäten beinhaltet zunächst einmal ein soziologisches Profil der Studenten[16] dieses Faches. Ganz allgemein wird zu fragen sein, welchen zahlenmäßigen Zulauf das Fach im Verlauf der Geschichte gefunden hat, auch in Relation zur Entwicklung der allgemeinen Studentenfrequenzen. Während die soziale Herkunft der Politikstudenten für alle Perioden der Disziplingeschichte von Interesse ist, wird ihre Rekrutierung nach Geschlechtern erst für die jüngsten Jahrzehnte relevant, weil sich das Studium von Frauen an deutschen Universitäten erst im 20. Jahrhundert durchgesetzt hat. Im Anschluß an die ideen- und organisationsgeschichtlichen Aspekte der Disziplinbeziehungen wird vor allem zu fragen sein, ob Studenten die Politik im Haupt- oder Nebenfach studierten, und welche Prüfungsabschlüsse sowie zukünftigen Berufe sie mit ihrem Studium anstrebten. Dabei kommen zwei grundsätzliche historische Alternativen infrage: Entweder war das Politikstudium Teil eines allgemeinbildenden Studiums, gehörte dem "studium generale" an, oder führte zu spezifischen Berufen, vor allem in der höheren Verwaltung, im Lehramt und in der Politikberatung sowie dem Journalismus. Damit stellt sich auch die Frage nach dem Berufserfolg oder noch allgemeiner nach dem gesellschaftlichen Prestige, welches die Studenten nach dem Abschluß ihres Politikstudiums erringen konnten. Die Entwicklung

[15] Vgl. insbesondere Hans Jürgen Prahl, Sozialgeschichte des Hochschulwesens, München 1977.

[16] Vgl. Konrad Jarausch, Deutsche Studenten 1800-1970, Frankfurt am Main 1984.

der Politikwissenschaft ist daher auch wesentlich geprägt durch ihre Professionalisierungsgeschichte. Doch schon an dieser Stelle muß vor dem zeitgenössischen Irrtum gewarnt werden, daß das Heil von akademischen Fächern notwendigerweise in der Zuschreibung eigenständiger enger Berufsbilder liegt. Mindestens ebenso wichtig für die schwankenden Konjunkturen des Faches Politikwissenschaft war seine Berücksichtigung in den breiter angelegten Bildungsgängen wie z.B. der Verwaltungsbeamten und der Lehrer.

Aus den Absolventen des politikwissenschaftlichen Studiums gehen in aller Regel auch seine künftigen Hochschullehrer hervor, von Ausnahmesituationen wie den Zeiten der Neu- oder Wiedergründung der Disziplin abgesehen. Der zweite sozialgeschichtliche Aspekt der Geschichte der Politikwissenschaft betrifft daher die Soziologie seiner Hochschullehrer und berührt damit auch die schon erwähnte Gelehrtengeschichte.[17] Für das Verständnis der Konjunkturen des Faches im Verlauf der Geschichte sind Hinweise auf die Herkunft und Motivation seiner Professoren, ihre Einkommen sowie ihre Karrieren und wiederum die allgemeine Frage nach ihrem akademischen und gesellschaftlichen Prestige von Belang. Pointiert muß in der Sozialgeschichte der akademischen Lehre von der Politik gefragt werden: Warum und wie fanden Politikprofessoren zu ihrem Beruf?

Aus sozialgeschichtlicher Perspektive sind auch die informellen Kontakte und formalen Zusammenschlüsse von Hochschullehren der Politik von Interesse. Fachverbände der Politikwissenschaft gibt es in Deutschland erst seit der Wiedergründung der Disziplin nach dem Zweiten Weltkrieg, während in den USA die American Political Science Association bald schon auf eine hundertjährige Existenz zurückblicken kann.[18] Aber auch für Deutschland kann ein informelles Netzwerk von nicht nur akademischen, sondern auch gesellschaftlichen Kontakten zwischen Hochschullehrern der Politik als Voraussetzung einer "academic community" schon für frühere Zeiten, z.B. für die Vormärzzeit des 19. Jahrhunderts, konstatiert werden.

Die Antworten auf diesen Kanon von sozialgeschichtlichen Fragen an die Studierenden und Lehrenden der Politikwissenschaft dürfen sich nicht auf das Fach im engeren Sinne beschränken, sondern erhalten ihre Aussagekraft erst durch einen vergleichenden Blick auf die konkurrierenden Fächer. Auch der gesellschaftliche Aspekt der Geschichte der Politikwissenschaft bettet sich in

[17] Grundlegend für die Soziologie und Sozialgeschichte der Hochschullehrer sind je Studien zur Lage der deutschen Hochschullehrer, die in den 50er Jahren von Helmuth Plessner angeregt worden sind: Helmuth Plessner (Hrsg.), Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer, Göttingen 1956

[18] Vgl. die Hinweise in: Albert Somit / Joseph Tanenhaus, The Development of American Political Science. From Burgess to Behavioralism, New York 1967, 2. Aufl. 1982.

die generelle Entwicklung der Universitäten ein und kann nur von der allgemeinen Sozialgeschichte der deutschen Hochschulen her erschlossen werden. Eine zu eng angelegte Disziplingeschichte läuft immer Gefahr, Tatbestände und Zusammenhänge für fachspezifisch auszugeben, die in Wirklichkeit auch für andere Fächer typisch sind. Die Untersuchung jedes einzelnen Gegenstandes, auch der Geschichte eines akademischen Faches, bedarf immer der vergleichenden Dimension, auch wenn diese in der Darstellung nicht ausgeführt wird. Nur so läßt sich das Fachspezifische vom Fachübergreifenden, das Besondere vom Allgemeinen unterscheiden.

e) Politikgeschichte

Zu den charakteristischen Merkmalen der Politikwissenschaft gehört ihr besonders enges Verhältnis zur Politik. Heute wird kaum mehr bestritten, daß Wisssenschaften mehr oder minder von der politischen Entwicklung abhängig sind. Doch ohne Frage wird die Politikwissenschaft durch ihren Gegenstand stärker als andere Fächer von den politischen Rahmenbedingungen beeinflußt.

Die wechselseitige Bedingtheit von Politikwissenschaft und Politik wirft zahlreiche Fragestellungen auf. Zum einen ist nach den Einwirkungen der realen Politik auf die Wissenschaft von der Politik zu fragen. Wie lassen politische Systeme die Politikwissenschaft zu und inwieweit machen sie ihr inhaltliche sowie strukturelle Vorgaben? Welche Funktionen weisen Regierungen der Erforschung und Lehre der Politik zu? Wie fördern sie die Entwicklung dieser Disziplin oder suchen sie zu behindern? In diesem Zusammenhang sind nicht nur negative Sanktionen der Politik gegenüber der Politikwissenschaft in Gestalt von Lehrstuhlumwidmungen, politisch motivierten Berufungen und Berufsverboten zu erwähnen, sondern auch positive Sanktionen wie die unterschiedlichen Formen der Wissenschaftsförderung zu berücksichtigen. Zum anderen versuchen auch Politikwissenschaftler auf vielfältige Weise die politischen Entscheidungsinstanzen zu beeinflussen, sei es direkt durch Politikberatung oder Übernahme politischer Ämter oder indirekt durch politische Bildung und politischen Journalismus.

Die zentrale Frage an das Verhältnis von Politik und Politikwissenschaft lautet aber, ob dieses Fach sich prinzipiell in jedem politischen System entfalten kann oder nur unter bestimmten politischen Bedingungen floriert. Die Geschichte der Lehre von der Politik an den deutschen Universitäten vom Mittelalter bis in die Gegenwart ermöglicht es gerade mit dem für Deutschland

charakteristischen Systemwechsel, diesen Zusammenhang von Politikwissenschaft und politischen Systemen zu überprüfen. Die historische Darstellung der Geschichte der Politikwissenschaft vor dem Hintergrund dieser wechselnden politischen Systeme hat die Funktion eines diachronen Vergleichs, durch welchen der Einfluß eines unabhängigen Faktors - in unserem Fall des politisch-gesellschaftlichen Systems - auf eine abhängige Variable - die Entwicklung der Politikwissenschaft - überprüft werden soll. Durch die Einbeziehung der Gechichte der Politikwissenschaft in anderen Ländern wie den USA, Großbritannien und Frankreich, aber auch in der ehemaligen DDR, kommt ein synchroner Vergleich mit anderen Staaten und Nationen hinzu. Seit dem Beginn der älteren Lehre von der Politik an den Universitäten des Mittelalters, die mehr europäische als deutsche Institutionen waren, bis in die Gegenwart der weltweiten Vernetzung der Wissenschaften hat es nie eine abgeschottete nationale Tradition einer deutschen Politikwissenschaft gegeben. Vielmehr ist die Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland stets auch eine Geschichte ihrer vielfältigen internationalen Kommunikations- und Rezeptionsprozesse gewesen. So konnte die Politikwissenschaft in Deutschland bei ihrer Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg an die ältere Lehre der Politik anknüpfen, die im 19. Jahrhundert in inhaltlicher wie personeller Hinsicht in die Vereinigten Staaten ausgewandert war und von dort in gewandelter Gestalt durch deutsch-amerikanische Re-Imigranten in die Bundesrepublik Deutschland zurückgebracht wurde.[19] Auch wenn sich dieser Überblick auf die Entwicklung des Faches an den deutschen Universitäten - wozu zeitweise auch Böhmen, Österreich und die Schweiz gehörten - beschränkt, so bilden doch die internationalen Bezüge und Vergleiche den Hintergrund dieser Darstellung.

Die politikgeschichtliche Leitfrage der Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland stammt von Carl Joachim Friedrich. Dieser emigrierte schon vor dem Ende der Weimarer Republik in die USA, war dort zu einem prominenten Political Scientist geworden und leistete nach 1949 bei der Wiedergründung der Disziplin in der Bundesrepublik wesentliche Hilfe. Auf der ersten wissenschaftlichen Tagung der neugegründeten Deutschen Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik am 2. Mai 1952 in Berlin hielt dieser deutsch-amerikanische Politikwissenschaftler das Einleitungsreferat über "Grundsätzliches zur Geschichte der Wissenschaft von der Politik". Friedrich

[19] Auf diesen wechselseitigen Kulturtransfers zwischen der deutschen und amerikanischen Politikwissenschaft habe ich hingewiesen in dem Beitrag zur Festschrift für Karl Dietrich Bracher: Wilhelm Bleek, Die Gründung der Wissenschaft von der Politik in den USA, in: Manfred Funke u.a. (Hrsg.), Demokratie und Diktatur, Düsseldorf 1987, S. 521-533.

erinnerte seine Gründungskollegen daran, daß die Wissenschaft von der Politik durch ihre lange ideengeschichtliche Tradition "die älteste und zugleich die jüngste aller Wissenschaften von der Gesellschaft der Menschen" sei.[20] Doch der wichtigste Grundsatz war für Friedrich die Feststellung: "Die Wissenschaft von der Politik kann nur in einem freien Staatswesen gedeihen"[21]. Ein gutes Jahrzehnt nach Carl Joachim Friedrich hat Karl Dietrich Bracher, heute der Nestor der zeitgeschichtlich orientierten Politikwissenschaft in der Bundesrepublik, diesen Gedanken wieder aufgenommen. Bracher postulierte 1965: "Moderne Politische Wissenschaft aber kann heute, das zeigen die Erfahrungen der letzten 50 Jahre, überhaupt nur im Raum des freiheitlichen Rechtsstaates gedeihen, weil nur diese Staats- und Gesellschaftsform eine kritische Analyse ihrer eigenen Elemente zuläßt"[22].

Für die Überprüfung dieser Hypothese von der Unabdingbarkeit eines freien Staatswesens für eine Politikwissenschaft, die ihren Namen verdient, bietet die politische Geschichte Deutschlands reichhaltiges Material. Der für Deutschland charakteristische Systemwechsel zwischen autoritären, diktatorischen und liberal-demokratischen Ordnungen sollte mit den wechselhaften Konjunkturen des Faches in Beziehung gesetzt werden.

f) Synoptische Konzeption der Wissenschaftsgeschichte

Heute ist es eine akademische Binsenweisheit, daß Universitäten und Wissenschaften nicht im Elfenbeinturm leben. Sie sind keine autonomen und unpolitischen Institutionen, sondern auf vielfältige Weise in gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen eingebunden. Doch in der Wissenschaftsgeschichte, zumal in der Geschichte der einzelnen Disziplinen, neigt man immer noch dazu, die Entwicklung der Fächer als intellektuellen Selbstläufer zu verstehen. Selbst die Politikwissenschaft und die Politikwissenschaftler sehen die Geschichte ihres Faches mit dem ideengeschichtlichen Ansatz vorzugsweise als Produkt von Forschungsdiskussionen und -erkenntnissen. Auf die gesellschaftlichen und politischen Koordinaten der Politikwissenschaft wird höchstens in programmatischen Erklärungen pau-

---

20 Carl Joachim Friedrich, Grundsätzliches zur Geschichte der Wissenschaft, in: Zeitschrift für Politik, NF 1 (1954), S. 325-336, dort S. 352.

21 Ebda.

22 Karl Dietrich Bracher, Wissenschafts- und zeitgeschichtliche Probleme der Politischen Wissenschaft in Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie, 17 (1965), S. 447-464, dort S. 450.

schal verwiesen, in den Detailuntersuchungen zur Geschichte des Faches spielen sie nur eine sekundäre Rolle, sofern sie überhaupt angesprochen werden.

Eine umfassende Disziplingeschichte, die nicht lediglich die intellektuelle Entwicklung beschreiben, sondern die wechselhaften Konjunkturen des Faches erklären will, muß neben der Vielzahl von internen auch die komplexen externen Faktoren der Wissenschaftsgeschichte berücksichtigen. Zu den internen Faktoren der Geschichte der Politikwissenschaft gehören an erster Stelle die ihr eigenen Fragestellungen, Themengebiete und Paradigmenwechsel, aber auch ihr Verhältnis zu den übrigen Fächern, also insgesamt ihr inhaltlicher und institutioneller Standort im Fächerkanon der Universitäten. Gesellschaftliche Erwartungen, die in Gestalt von Prüfungsordnungen und Absolventenperspektiven, aber auch von Arbeitsthemen in Lehre und Forschung der Politikwissenschaft einfließen, bilden bereits den Übergang von internen zu externen Faktoren der Disziplingeschichte.

Eine Wissenschaft, die Politik zum Gegenstand hat, steht immer im Lichte des Interesses der Öffentlichkeit, ob sie es will oder nicht. So gehört zu den wesentlichen externen Faktoren der Entwicklung der Politikwissenschaft die gesellschaftliche Rahmenverfassung mit ihren Grundstrukturen öffentlicher Interessenartikulation. Politikwissenschaft als eine Sozialwissenschaft setzt sich mit diesen gesellschaftlichen Bedingungen nicht nur auseinander, wie ihre kritischen Geister immer wieder betonen. Sie agiert gleichzeitig in den gesellschaftlichen Bezügen, wenn sie z.B. über die sozial etablierten Medienkanäle auf die politische Meinungsbildung der Öffentlichkeit Einfluß nimmt oder die Erwartungen des Berufsmarktes an Absolventen in Lehrplänen und Studienprofilen berücksichtigt. Im letztgenannten Aspekt zeigt sich schon die enge Verknüpfung der gesellschaftlichen mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Faches. Zwar steht die Ökonomie im Mittelpunkt von Nachbardisziplinen der Politikwissenschaft wie der Volkswirtschaftslehre, doch die Aufgaben des Staates bei der Gestaltung und Steuerung der Wirtschaftsordnung sind seit jeher ein zentraler und legitimer Gegenstand der Lehre und Forschung von der Politik. Die Staatsaufgaben bestimmen nicht nur die Inhalte der Bemühungen der Disziplin, sondern ihre Konstellation ist auch ein wesentlicher Faktor der Entwicklung des Faches. In einer Ordnung, die auf der weitgehenden Autonomie von Gesellschaft und Wirtschaft beruht, wird Politikwissenschaft notwendigerweise eine eingeschränktere Rolle spielen als in einer politischen Konstellation, in welcher der Staat stärker die Gesellschaft mitgestaltet und die Wirtschaft direkt oder indirekt lenkt.

Der wichtigste externe Faktor der Geschichte der Politikwissenschaft ist somit der Staat im historischen Wandel seiner Realverfassungen. Struktur und Prozesse der politischen Herrschaft stehen nicht nur im Mittelpunkt von Lehre und Forschung, sondern setzen auch den Rahmen für die Entfaltungs- und Wirkungsmöglichkeiten der Politikwissenschaft. Während in Diktaturen kein offizieller Raum für eine Wissenschaft von der Politik gewährt wird und ihr in autoritären Systemen höchstens eine beratende und propagandistische Funktion zugesprochen wird, kann die Politikwissenschaft in freiheitlichen Demokratien auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluß nehmen und auch die Politik der Regierenden einer kritischen Analyse unterziehen. Sicherlich hat die Politikwissenschaft entgegen den überzogenen Ansprüchen mancher kritischer Politologen und den Unterstellungen einiger konservativer Kritiker nie eine systemverändernde Funktion gehabt, doch freiheitlich-pluralistische Systeme gewähren ihr einen Spielraum, der über Detailkritik zur Systemreformierung führen kann. Diese Interaktion von politischem System und Politikwissenschaft gilt es nicht nur pauschal zu behaupten, sondern in ihrem historischen Wandel an einzelnen Epochen aufzuzeigen.

Eine synoptische Sicht der Wissenschaftsgeschichte, auch derjenigen der Politikwissenschaft, ist vor allem durch den Ansatz der Wissenssoziologie angeregt worden. Dabei geht es nach Karl Mannheim um die gesellschaftliche Bedingtheit des Denkens und die soziale Gebundenheit des Wissens. Geschichte der Wissenschaft wird diesem wissenssoziologischen Ansatz zufolge nur "verständlich vom totalen besonderen Lebenszusammenhang der dahinterstehenden Gesellschaft"[23]. In der Geschichtsschreibung der deutschen Politikwissenschaft sollten die Hinweise Karl Mannheims auf die Seinsgebundenheit des Denkens und die soziale Genealogie der Denkstandorte als anregender Leitfaden dienen, ohne daß die von ihm konzipierte wissenssoziologische Methode im einzelnen übernommen und angewandt wird. Es sei daran erinnert, daß Mannheim selbst die wissenssoziologische Methode nicht nur am Beispiel des konservativen Denkens vorgeführt hat, sondern auch in seinem Hauptwerk über "Ideologie und Utopie" (1. Aufl. 1929) in einem langen III. Kapitel auf die für die Politikwissenschaft und ihre Geschichte zentrale Frage einging: "Ist Politik als Wissenschaft möglich?"[24] Auch wenn Mannheims Antwort auf seine Fragestellung in der Kapitelüberschrift, daß die gesellschaftlichen Bedingungen der fünf von ihm konzipierten politischen Strömungen des 19. und 20. Jahrhunderts eine Wissenschaft von der Politik bis-

[23] Karl Mannheim, Ideologie und Utopie, Frankfurt am Main, 3. Aufl. 1952, S. 95.

[24] Karl Mannheim, Ideologie und Utopie, S. 95-167.

her nicht ermöglicht hätten, wissenschaftsgeschichtlich nicht zu halten ist, so kann doch seine leitende Fragestellung und zugrunde liegende Argumentationsweise auch für heutige Bemühungen um die Geschichte der Politikwissenschaft von großem Nutzen sein.

Im Mittelpunkt einer wissenssoziologisch orientierten Wissenschaftsgeschichte steht nach Karl Mannheim die Frage nach dem "Entstehen und Absterben ganzer Wissenschaften". Diese Frage kann nur beantwortet werden, wenn neben der intellektuellen und institutionellen Binnengeschichte des Faches seine universitären, gesellschaftlichen und vor allem politischen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Hinter dem Ansatz eines solchen komplexen und umfassenden Verständnisses der Wissenschaftsgeschichte steht der Versuch, für die Entwicklung der Politikwissenschaft in Deutschland eine Konjunkturtheorie aufzustellen.[25]

[25] Die in diesem Beitrag skizzierten Überlegungen und Ansätze führe ich in einer demnächst im C.H. Beck Verlag erscheinenden Überblicksdarstellung aus: Wilhelm Bleek, Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München 1997.